

# Das wahre Verbrechen des Victor Orbán

von F. William Engdahl

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 32/2017

**Eins verstehen die Ungarn und ihr sturer Regierungschef Viktor Orbán nicht: Es ist nicht »europäisch«, die souveränen Rechte seiner Bürger und seiner Heimatnation gegenüber der EU zu verteidigen. Lange versuchten dies die gesichtslose EU-Technokraten, Orbán und seiner Regierung einzubläuen. Aber die Botschaft kommt einfach nicht an.**

Für die Political-Correctness-Kommissare in Brüssel war es kein einfaches Jahr. Erst bestand Orbán auf einem landesweiten Referendum. Wie antieuropäisch! Bürger, stimmen über Themen ab, die ihr Leben direkt betreffen. Was für eine gefährliche Idee! Sind doch die Leitmedien und die politische Kaste in Deutschland fest davon überzeugt, dass die Wähler für ein Referendum zu dumm und zu schlecht informiert sind. Man stelle sich nur vor, was passieren würde, wenn das Schule machte! Ende Oktober 2016 organisierte die Regierung von Viktor Orbán eine Volksabstimmung. Thema: Soll die nicht gewählte EU-Kommission diktieren dürfen, wie viele Flüchtlinge Ungarn aus Nordafrika und Nahost aufnehmen muss und dass es die entstehenden Kosten übernehmen und andere Leistungen erbringen muss? 98 Prozent der ungarischen Wähler waren einer Meinung mit ihrem Ministerpräsidenten: Brüssel darf das nicht.

## Ein Trick der mächtigen Staaten

Deutschland und Frankreich hatten im September 2015 EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker überzeugt, bei Abstimmungen künftig mit einer »qualifizierten Mehrheit« zu arbeiten. Dabei handelt es sich um eine clevere Methode, im Rahmen des EU-Grundlagenvertrags dafür zu sorgen, dass die mächtigeren Staaten ihren Willen gegen kleinere EU-Mitglieder durchsetzen können. Bei heiklen Themen wie der zwangsweisen Aufnahme von Flüchtlingen gilt innerhalb der EU normalerweise das Prinzip der Einstimmigkeit. Nun jedoch nutzten Deutschland und Frankreich eine qualifizierte Mehrheit, um ihren Umsiedlungsplan für 120000 Flüchtlinge durchzudrücken - und das in einem Bereich, in dem sie laut EU-Rechtsexperten eigentlich überhaupt keine Kompetenzen haben. Brüssel konnte zu seinem Glück das ungarische Referendum aufgrund einer Formsache ignorieren - die erforderlichen 50 Prozent Wahlbeteiligung waren knapp verfehlt worden. Vor der Abstimmung hatten die mit George Soros verbündeten Nichtregierungsorganisationen und deren Verbündete in Ungarn in einer massiven Kampagne dafür geworben, das Referendum zu boykottieren.

Damit im Rest der EU gar nicht erst jemand auf den Gedanken kam, im Falle Ungarns würden grundlegende demokratische Rechte mit Füßen getreten, überzogen die anti-nationalistisch eingestellten EU-Mainstream-Medien Orbán im Dauerbeschuss mit übler Nachrede. Auch die deutschen Qualitätsmedien beteiligten sich intensiv und einseitig an dieser Kampagne. Die zentrale Frage lautete:

? Wie konnte Orbán es wagen, das ganze Thema überhaupt erst zur öffentlichen Abstimmung zu stellen?

Orbán, dieser ewige Unruhestifter, und sein Bildungsministerium brachten als Nächstes ein Gesetz ein, das vom Parlament verabschiedet wurde. Das Gesetz schreibt vor, dass ungarische Universitäten, die in mehr als einem Land Abschlüsse ausgeben, in jedem dieser Länder auch einen Campus betreiben müssen. Das Gesetz zielte auf die Budapester Central European University (CEU) ab, eine merkwürdige Institution, die 1991 während der wirren Jahre nach dem Zerfall des Kommunismus von George Soros gegründet wurde, dem Spekulanten und Geldgeber Nummer eins für Fake-Demokratien.



Das neue ungarische Gesetz sah auch vor, dass sich Mitarbeiter der Soros-Universität eine Arbeitserlaubnis besorgen müssen, ein Vorgang, der in jeder westlichen Demokratie Alltag ist. Die Central European University jedoch klagte, der Schritt würde »ihre Fähigkeit einschränken, Mitarbeiter einzustellen«.

Was die CEU-Sprecher nicht sagten, war, dass die Einschränkung vor allem darin besteht, dass sich Undercover-CIA-Agenten schwertun, in den ausländischen Ländern, in denen sie aktiv sind, eine legale Arbeitserlaubnis zu beantragen. Oder gibt es noch einen anderen Grund, weshalb ein derartiges Gesetz die personellen Möglichkeiten der Soros-Universität beschneiden sollte? Die Regierung Orbán verlangte weiter, dass die Universität einen Campus in Amerika eröffnet (schließlich gibt sie im Bundesstaat New York Abschlüsse aus), und dass die Kurse von den ungarischen Bildungsbehörden akkreditiert werden. Soros ist es offensichtlich gelungen, eine Akkreditierung der Abschlüsse sowohl in Ungarn als auch in den USA herbeizuführen, obwohl die Uni in den USA überhaupt keinen Campus vorweisen kann. Von Soros' NGO Open Society floss Geld an die Budapester Universität, um Kurse und Ausbildung zu finanzieren bei einer »zivilen Lern- und Innovationsplattform, die den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft in Ungarn stärken hilft«. Die Central European Universität nimmt auch Geld von Soros' Stiftungen entgegen sowie von der National Endowment for Democracy (NED), einer US-regierungsnahen NGO mit Verbindungen zur CIA.

### **Nach welchen Regeln spielt der Club?**

Das neue ungarische Hochschulgesetz bereitete den Brüsseler Bürokraten einige Kopfschmerzen. Superkommissar Frans Timmermans, erster Vizepräsident der Kommission, musste schon mit massiven Drohungen arbeiten, bevor er Orbán dazu brachte, das Gesetz wieder zu den Akten zu legen. Der ehemalige niederländische Außenminister Timmermans ist nicht gerade als jemand bekannt, der sich zugunsten der Demokratie irrt. Er erklärte damals: »Die Europäische Union ist ein Projekt, das von seinen Mitgliedstaaten getrieben und geformt wird.« Er schalt Orbán und erinnerte ihn daran, dass Ungarn die »Regeln des Clubs«(!!!) unterschrieben habe und sich nun daran halten müsse. Wie, Orbán, du hast gedacht, der Beitritt der EU bedeute, man gehöre einem Bund souveräner Nationalstaaten an, die einen von Prinzipien geleiteten

Dialog führen? Ernsthaft? Wie blauäugig kann ein Mensch doch sein! Es ist ein Club. Und aus diesem Club darf niemand ohne Weiteres ausscheren. Und Brüssels nicht gewählte Kommissare wie Juncker und seine sieben Über-Kommissare wie Timmermans legen fest, was das Beste für dich ist. »Das sind die Regeln unseres geheiligten Clubs. Kapiert?«

Was Brüssel diktiert, hat nichts mit Demokratie und anderen verstaubten Ideen zu tun. Um das zu verdeutlichen, erschuf Juncker, als er 2014 EU-Präsident wurde, eine Struktur mit sieben Super-Kommissaren. Diese ähnelt in vielerlei Hinsicht dem alten Sowjet-Politbüro, nur ist Brüssel heute wohl etwas weniger demokratisch als das Politbüro zu Zeiten Breschnews. Als erster Vizepräsident Junckers ist Super-Kommissar Timmermans verantwortlich für diverse Bereiche, unter anderem für Flüchtlinge beziehungsweise die »Migrationspolitik«, wie die EU es so hübsch umschreibt.

### **Die Demokratie rückt in die Ferne**

Junckers Super-Kommissare führen die EU-Kommission immer weiter weg von allem, was auch nur im Entferntesten nach Demokratie aussieht. Die Europäische Kommission ist heutzutage eine Machtpyramide der ungewählten Autorität. An ihrer Spitze steht Präsident Juncker, dicht gefolgt vom ersten Vizepräsidenten Timmermans. Alle anderen Kommissare unterliegen ihrer Macht — ein Punkt, der in der Öffentlichkeit nur selten zur Sprache kommt. Dann hat sich die ungarische Regierung erneut eine »Beleidigung« gegenüber den Kommissaren in Brüssel und deren Kumpel George Soros erlaubt. Das ungarische Parlament verabschiedete einen Gesetzesentwurf der Regierung Orbán zum Thema NGOs, die vom Ausland finanziert werden. Gemäß dem neuen Gesetz muss jede Nichtregierungsorganisation, die 24 000 Euro aus ausländischen Quellen erhält, dem Staat einmal pro Jahr offenlegen, wer genau ihre Geldgeber sind. Weigert sich eine NGO, wird sie schlimmstenfalls geschlossen. Es ist ein vergleichsweise mildes Gesetz, aber Sie können sich gewiss sein, dass die unzähligen ungarischen NGOs und sonstigen Gruppen, die mit den Milliarden von Soros und seiner Washingtoner NGO-Freunde wie der National Endowment for Democracy finanziert werden, darüber nicht froh sind. Haben sie vielleicht etwas vor der ungarischen Regierung zu verbergen? Wer weiß das schon. Das Bundesaußenministerium, gewiss kein Soros-Feind, reagierte sofort und verurteilte das ungarische NGO-Gesetz. Martin Schäfer, Sprecher des Außenministeriums, erklärte, durch das neue Gesetz falle Ungarn in eine Klasse mit Ländern wie Russland und China, die es als feindseligen Akt erachteten, wenn NGOs aus dem Ausland finanziert werden.

### **Brüssel wittert Halsstarrigkeit**

Niemand spricht darüber, dass es in den USA so etwas wie den Foreign Agents Registration Act gibt. Der legt fest, dass Agenten, die in »politischer oder quasi-politischer Kapazität« die Interessen ausländischer Mächte vertreten, ihre Beziehungen zu diesen ausländischen Regierungen offenlegen und damit zusammenhängende Aktivitäten und Geldgeschäfte angeben müssen. Was Orbán und die Ungarn da anstellen, während Brüssel versucht, die vollständige Kontrolle über interne Angelegenheiten eines

Mitgliedstaates zu erringen, wird von den EU-Kommissaren ganz offensichtlich als unerträgliche Halsstarrigkeit angesehen. Deshalb beschloss die Europäische Union einen außergewöhnlichen Schritt. Sie leitete gegen Ungarns Regierung ein sogenanntes Vertragsverletzungsverfahren ein. Kommt das EU-Gericht zu dem Urteil, dass Ungarn schuldig ist, kann das Land mit Bußgeldern und anderen Strafen belegt werden.

Bislang gab es den Fall, dass die Europäische Kommission ein EU-Mitglied sanktioniert hat, noch nie. Damit es nicht langweilig wird, nahm die Kommission gleich auch noch Polen und die Tschechische Republik mit in die Anklage auf, denn auch sie weigern sich hartnäckig, die von Brüssel festgelegten Mengen an Flüchtlingen aus Italien und Griechenland aufzunehmen. Nach dem juristischen Angriff der Europäischen Kommission folgte am 17. Mai eine Abstimmung des Europäischen Parlaments



- einem weiteren, nicht demokratischen Organ. Das Parlament verwies auf Ungarns Weigerung, Flüchtlinge aufzunehmen, das neue Gesetz zu NGOs und das Gesetz zur Soros-Universität, und forderte die EU auf, gemäß Artikel 7 des EU-Vertrags zu handeln. Dieser sieht vor, dass Brüssel ein Land bestrafen kann, wenn man zu der Auffassung gelangt, der Mitgliedsstaat verstoße gegen die »Werte« der EU. Die Sanktionsmaßnahmen können so weit gehen, dass das Land seine Stimmrechte innerhalb der EU verliert. Brüssels juristische Attacke auf Ungarn, Polen und die Tschechen dürfte vermutlich gewaltig nach hinten losgehen und den weiteren Zerfall der augenscheinlich schlecht konzipierten Europäischen Union vorantreiben. Das ist jetzt schon deutlich absehbar. Das Vorgehen dürfte in jedem Fall dazu führen, dass die Angegriffenen zusammenrücken und dass sich der Widerstand gegen die ganz klar autokratische EU-Bürokratie und das Macht-Patriarchat noch weiter intensiviert.

Mehr und mehr europäischen Bürgern tritt immer deutlicher vor Augen, dass das Monster, zu dem sich Brüssel entwickelt hat, nicht die wahren Interessen der EU-Bürger vertritt.

**Viktor Orbans Verbrechen besteht darin, dass er im Interesse seiner Bürger agiert und sich nicht den Wünschen der arroganten und nicht gewählten Kommissare in Brüssel beugt.**